

Antrag

**auf Erstattung von Aufwendungen für notwendige Maßnahmen des passiven Lärmschutzes gemäß Richtlinien für Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes – VLärmSchR 97 – vom 02. Juni 1997
Az. StB15/14.80.13-65/11 Va97 i.V.m. ARS 20/2006 vom 04.08.2006, Az. S13/7144.2/02-11/521247**

Zuwendungsvoraussetzungen

Die Erstattung setzt den Antrag des Eigentümers bei der Straßenbauverwaltung voraus.

Dieser ist i.d.R. vor Durchführung der Lärmschutzmaßnahmen an der baulichen Anlage zu stellen; mit der Realisierung der Maßnahmen darf noch nicht begonnen worden sein. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

Das Merkblatt zur Durchführung passiver Lärmschutzmaßnahmen (Anlage 2) ist zu beachten.

Die nachfolgenden Angaben sind zur Bearbeitung des Antrags erforderlich. Die mit * gekennzeichneten Angaben sind freiwillig, beschleunigen aber die Bearbeitung bei Rückfragen.

Anwesen

<input type="text"/>	<input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Denkmal- oder Ensembleschutz

☐ ja
☐ nein

Eigentümer/in	<input type="text"/>	
	<input type="text"/>	
	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Verwalter/in (bei Eigentümergemeinschaften) oder Vertreter/in (bitte Vollmacht beifügen)	<input type="text"/>	
	<input type="text"/>	
	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Bei Gewährung einer Erstattung (hierüber ist zwischen dem Antragsteller und der zuständigen Straßenbauverwaltung der Abschluss einer Vereinbarung erforderlich) soll der Betrag auf folgendes Konto überwiesen werden:

Bankverbindung	Kontoinhaber/in	
	Kontoführendes Kreditinstitut	
	IBAN	BIC

Angaben zum Gebäude

Art des Gebäudes	<input type="text" value="Baujahr"/>	<input type="checkbox"/> Wohnhaus
		<input type="checkbox"/> Geschäftshaus
Anzahl der Geschosse	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> 1
		<input type="checkbox"/> 2
		<input type="checkbox"/> 3
		<input type="checkbox"/> 4
		<input type="checkbox"/> mehr
Rahmenmaterial der vorhandenen Fenster		<input type="checkbox"/> Holz
		<input type="checkbox"/> Kunststoff
		<input type="checkbox"/> Aluminium
Fenstertyp		<input type="checkbox"/> Einfachfenster
		<input type="checkbox"/> Verbund- und Kastenfenster
		<input type="checkbox"/> Dachflächenfenster
		<input type="checkbox"/> Sonstiges
Rollläden vorhanden		<input type="checkbox"/> ja
		<input type="checkbox"/> nein

Nach § 2 der Mitteilungsverordnung (MV) vom 07.09.1993 (zuletzt geändert durch Art. 58 des Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2003 [BGBl. Teil I Nr. 65 vom 27.12.2003]) ist die Straßenbauverwaltung verpflichtet, geleistete Zahlungen der zuständigen Finanzbehörde mitzuteilen. Hierzu werden folgende Angaben benötigt:

zuständiges Finanzamt	<input type="text"/>
Steuernummer	<input type="text"/>

Der/die Antragsteller/in versichert, dass die Angaben und Unterlagen zu diesem Antrag richtig und vollständig sind.

Der/die Antragsteller/in bzw. Eigentümer/in verpflichtet sich, die bezuschussten Einbauten mindestens 10 Jahre zu erhalten.

Ort, Datum	Unterschrift Eigentümer/in bzw. Bevollmächtigte/r
------------	---

Bei mehreren Eigentümern ist der Antrag von jedem Eigentümer zu unterzeichnen.